



Ein entscheidendes Jahr für die Banken

Auf den europäischen Finanzmärkten ist eine gewisse Ruhe eingetreten. Seit die Europäische Zentralbank im vergangenen Jahr bekannt gegeben hat, den Zusammenhalt des Euroraums zu sichern, und seit Pläne zur Umsetzung einer Bankenunion Kontur gewonnen haben, sind Gefahren für die Finanzstabilität weniger prominent in den Schlagzeilen. Doch die Ruhe trägt.

Denn mehrere Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise trägt der europäische Bankensektor immer noch schwer an den Lasten der Vergangenheit. Viele europäische Banken sind zu schwach kapitalisiert, um größere Schocks abfedern zu können. Es besteht eine hohe Unsicherheit über den Wert der Kredite, die Banken vergeben haben – die Marktbewertungen der europäischen Banken liegen in den meisten Ländern unter den Buchwerten. Eigentlich müssten Banken, die kein nachhaltiges Geschäftsmodell mehr haben, aus dem Markt ausscheiden. Aber gerade im Bankensektor sind Insolvenzen selten, da Marktaustritte von Banken die Stabilität des Finanzsystems gefährden können.

In einem einheitlichen Währungsraum kann diese Herausforderung nur gemeinsam gemeistert werden – aus diesen Gründen ist die gemeinsame Bankenunion beschlossen worden. Die rechtlichen Voraussetzungen für einen einheitlichen Aufsichtsmechanismus unter dem Dach der Europäischen Zentralbank sind nunmehr vorhanden. Ein einheitlicher Mechanismus zur Abwicklung und Restrukturierung von Banken ist in Planung.

Vor der Bankenunion steht allerdings noch eine gründliche Neubewertung der Bankbilanzen an. Eine „Asset Quality Review“ soll Aufschluss darüber geben, wie hoch die Belastungen der Banken mit Altkrediten noch sind und wie hoch der Abschreibungsbedarf ist. Reicht das Kapital der Banken nicht aus und können die Banken kein neues Kapital über den Markt aufbringen, sind zunächst die nationalen Regierungen gefordert. Auftretende Kapitallücken sollten die Mitgliedstaaten in fiskalischer Eigenverantwortung schließen. Sind einzelne Staaten damit finanziell überfordert, ist ein Rückgriff auf die Mittel des Europäischen Stabilitätsmechanismus möglich, allerdings nur unter Haftung des betreffenden Staates. Durch die Beteiligung der Gläubiger an Verlusten sollten die Belastungen für den Steuerzahler zudem reduziert werden.

Diese Entscheidungen müssen im Laufe des kommenden Jahres gefällt werden. Denn danach soll die EZB offiziell die Bankenaufsicht übernehmen. Damit die Bankenunion glaubwürdig starten kann, ist also die nationale Politik gefragt – und das betrifft nicht nur die Regierungen in den Krisenländern, sondern auch die deutsche Wirtschaftspolitik.

*Claudia M. Buch
Präsidentin des IWH*